

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.05.2021

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

7. Personalbedarfsplanung 2020 bis 2029

Vorlage Nr. 3144/2020

Die CDU-Fraktion begrüßt das Konzept und die bis zum Jahr 2029 aufgezeigten Perspektiven und Handlungsnotwendigkeiten, erklärt Herr Weber. Konkret muss jährlich der Fokus auf die Verabschiedung der Stellenpläne gerichtet werden. Um genügend und qualifiziertes Personal zu halten und zu bekommen, sind die Maßnahmen für einen attraktiven Arbeitgeber zu unterstützen.

Das Konzept zeigt die dramatische Entwicklung bei der Wiederbesetzung von Stellen auf, stellt Herr Groß fest, die er in diesem Ausmaß unterschätzt hat. Richtig sind daher die intensiven Bemühungen, als Arbeitgeber attraktiv zu sein. Insgesamt ist er mit der Personalpolitik jedoch nicht zufrieden. Wenn neue Aufgaben bzw. Schwerpunkte beschlossen werden sieht er es als Aufgabe der Verwaltung im Personalbedarfsplan aufzuzeigen, wie und mit welchen Ressourcen diese umgesetzt werden können. Dazu erwartet er und vermisst klare Aussagen unabhängig davon, ob das entsprechende Personal auf dem Arbeitsmarkt verfügbar ist. Dies gilt primär für die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion sind die Probleme treffend beschrieben und die erforderlichen Maßnahmen aufgezeigt, stellt Herr Schiltz fest. Als richtigen Weg sieht er es, Fachkräfte selbst aus- und fortzubilden. Zusammenfassend bittet er, jährlich zeitnah zu den Stellenplanberatungen einen Sachstandsbericht vorzulegen, um im Rahmen des Haushaltsplanes entsprechend reagieren zu können.

Herr Boller sieht hinsichtlich der teilweise erheblichen Zeitverzögerungen bei der Nachbesetzung von Stellen ein Problem darin, dass zuerst eine interne Ausschreibung erfolgt, selbst wenn offensichtlich aufgrund der Anforderungsprofile keine Resonanz zu erwarten ist. Dies zeigt sich insbesondere bei der Besetzung der Leitung ZGW und der Umsetzung der Klimaziele. Angekündigt war darüber hinaus für Anfang 2021 ein Bericht zum Gleichstellungsplan, an den er hiermit erinnert. In Zusammenhang mit dem Bikeleasing möchte er Informationen über die Nutzung des Jobtickets vor dem Hintergrund von Mobilität.

Herr Groß bemängelt, dass die erforderlichen Stellen zur Umsetzung der vom Rat beschlossenen Klimaziele weder im Stellenplan noch in der Personalbedarfsplanung enthalten sind. Hier erwartet er, wie bereits ausgeführt, eine entsprechende Reaktion, auch seitens der Politik. Anderenfalls könnte der Eindruck entstehen, dass diese Beschlüsse nur halbherzig „für die Galerie“ gefasst wurden.

Herr Helmes erläutert, dass der Personalbedarfsplan perspektivisch für einen längeren Zeitraum den Rahmen gibt und die Bedarfe aufzeigt, wogegen konkret der Stellenplan das Instrument ist, mit dem kurzfristig reagiert werden kann. Eine jährliche Fortschreibung des Personalbedarfsplanes, wie von Herrn Bertelmann und Herrn Groß vorgetragen, hält er für nicht zielführend.

Für die Verwaltung bilden einerseits die gesetzlichen Vorgaben und andererseits die politische Beschlüsse die Arbeitsgrundlage. Um diese umzusetzen muss zunächst der Bedarf, auch in personeller Hinsicht, ermittelt und dann im Stellenplan abgebildet werden.

Er habe zu den Prioritäten ein gänzlich anderes Verständnis, entgegnet Herr Groß. Oberste Priorität haben die Beschlüsse des Rates und deren Umsetzung und nicht die von der Verwaltung vorgesehene Rangfolge.

Bürgermeister Mues stellt die Frage der Vorgehensweise in den Raum, wenn Ziele beschlossen werden, ohne vorher die Möglichkeiten der Umsetzung zu hinterfragen. Er hält es für zielführender, zukünftig darauf mehr zu achten, besonders bei Entscheidungen mit langfristiger Tragweite, wie die Klimaziele. Dazu sieht er im Übrigen die Stadt Siegen auf einem guten Weg und weiter, als von Einigen behauptet.

Herr Schumann ergänzt, dass einem so weitreichenden und vielschichtigen Thema der nötige Raum gegeben werden muss. Die einzelnen Maßnahmen umzusetzen sei nicht so einfach möglich, wie es sich auf den Blick möglicher Weise darstellt. Es sollte auch realistisch betrachtet werden, welche laufenden Arbeiten anstehen und wie diese erledigt werden können.

Herr Weber kann sich für die CDU-Fraktion der Kritik nicht anschließen. Für die Umsetzung der politischen Beschlüsse sei immer ein zeitlicher Vorlauf, wenn auch unterschiedlich groß, erforderlich. Auch den Vorwurf, die Klimabeschlüsse seien „für die Galerie“ gewesen, weist er zurück. Die Einrichtung zusätzlicher Stellen wurde vor dem Hintergrund abgelehnt, dass zunächst die Leitung der Gebäudewirtschaft und die Stabsstelle ihre Arbeit aufnehmen und ihre Vorstellungen von den Umsetzungsmöglichkeiten darlegen sollten, woraus dann die entsprechenden Schlüsse gezogen werden müssen.

Herr Bertelmann kommt zurück auf den Personalbedarfsplan und hält es für hilfreich, wenn die politischen Beschlüsse mit einem Zeitplan und dem Personalbedarf unterlegt werden. Im Rahmen des Stellenplanes kann dann beraten und entschieden werden, wie diese umgesetzt werden können.

Die SPD-Fraktion geht davon aus, so Herr Schiltz, dass eine Vorlage zur Umsetzung der Klimabeschlüsse zu gegebener Zeit vorgelegt wird. Die Verwaltung habe in der letzten Rats-sitzung nachvollziehbar dargelegt, warum dies zurzeit nicht sinnvoll erscheint.

Beschluss:

=> *Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Personalbedarfsplanung 2020 bis 2029 zur Kenntnis.*

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

2. HFA 12.05.2021
